

Zeitschrift: Sonos / Schweizerischer Verband für Gehörlosen- und Hörgeschädigten-Organisationen

Herausgeber: Sonos Schweizerischer Verband für Gehörlosen- und Hörgeschädigten-Organisationen

Band: 105 (2011)

Heft: 3

Rubrik: Soziales und Politik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

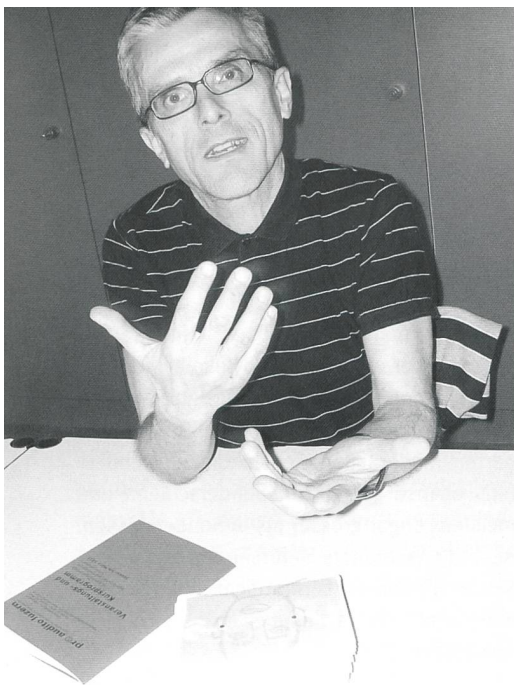
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 12.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Heinz Bähler, Geschäftsleiter von pro auditio luzern, unterstützt die Anliegen Betroffener seit vielen Jahren.

nahm jahrelang daran teil. Ich möchte nun ähnliche Gruppen auch hier in der Deutschschweiz aufbauen. Ich bin mir nicht sicher, wie die Deutschschweizer darauf reagieren. Die ersten Anmeldungen tröpfeln rein. Bin gespannt. In der Romandie jedenfalls laufen diese Gruppen nun seit Jahren erfolgreich (siehe: groupes de parole, www.ecoute.ch). Ich danke dem Vorstand von pro auditio luzern, und insbesondere Heinz Bähler als Geschäftsleiter, dass er dieses Anliegen von uns Selbstbetroffenen unterstützt.

Erfahrungs- und Austauschgruppe

- Die Treffen finden von 20:00 bis 22:00 Uhr statt. In den Räumlichkeiten von pro auditio luzern, Hirschmattstrasse 35, 6003 Luzern, ab 19:30 Uhr sind die Räumlichkeiten offen
- Unkostenbeitrag pro Abend CHF 10.00
- Zielgruppe: Erwachsene Schwerhörige zwischen 20 – 65 Jahren, aus der ganzen Deutschschweiz
- Start: Donnerstag, 14. April 2011 (die weiteren Daten bis Ende 2011: 19.05.; 16.06.; 25.08.; 22.09.; 27.10.; 24.11.; 15.12.)
- Kursleiterin: Astrid von Rotz, Initiantin des Projektes, info@wie-bitte.ch
- Weitere Infos unter www.wie-bitte.ch
- Die Gruppe wird finanziell unterstützt von pro auditio luzern

Die Grenzen der integrativen Schule werden sichtbar

Text: Daniel Gerny in NZZ vom 12. Februar 2011

Die Skepsis gegenüber der integrativen Schulung wächst in der Schweiz. Dabei zeigt sich: Mancherorts erweist sich das Modell als erfolgreich. Doch strapaziert man die Integrationsbemühungen, verkehrt sich das Prinzip in sein Gegenteil.

Bis 2003 nahm der Anteil der Schüler und Schülerinnen, die in Sonder- und Kleinklassen unterrichtet werden, kontinuierlich zu: 3,9 Prozent waren es damals, seither ist die Quote rückläufig – 2008 verzeichnete das Bundesamt für Statistik noch 3,1 Prozent. Die Zahlen spiegeln die Entwicklung hin zu einer Schule wider, die auch Kinder mit Behinderungen oder mit Lernschwierigkeiten möglichst in die Regelklassen integriert. In den meisten Kantonen wurde und wird an sonderpädagogischen Konzepten gearbeitet. Sie sind eine Folge der Neugestaltung des Finanzausgleichs (NFA), die den Kantonen die Verantwortung dafür überträgt und die IV finanziell entlastet.

Solothurn bremst, Basel voran

Ausserdem schreiben das Behindertengleichstellungsgesetz und viele Volksschulgesetze die Förderung der integrativen Schulung vor. Diskussionslos geht dieser Prozess indessen nicht über die Bühne – nicht nur im Kanton Zürich, wo das sonderpädagogische Konzept 2010 nach harter Kritik zurückgezogen wurde. Im Kanton Solothurn kam es im Dezember ebenfalls zu einem abrupten Bremsmanöver, als der Kantonsrat mit grosser Mehrheit eine Verordnung zur flächendeckenden Einführung der integrativen Schule ablehnte. Inzwischen hat Bildungsdirektor Klaus Fischer die Projektleitung ausgewechselt und einen dreijährigen Versuch angekündigt.

Zwar erleidet die integrative Schule nicht überall Niederlagen. In vielen Kantonen wird das Modell seit Jahren mit Erfolg praktiziert – sowie in Basel-Stadt, wo der Beitritt zum Sonderpädagogik-Konkordat politisch kein Thema war und der Anteil der integrativ unterrichteten Schüler kontinuierlich steigt. Auch eine Studie des Zürcher Volksschulamtes

ergab kürzlich, dass die Lernfortschritte bei integrierenden Schulformen nicht schlechter sind als in anderen Klassen (vgl. nachstehenden Auszug des Artikels aus der NZZ vom 31. Januar 2011).

Dass die integrative Schulung selbst dann mehrheitsfähig ist, wenn ihr der Wind entgegenbläst, zeigte sich im Baselbiet: Nach einem heftigen Abstimmungskampf, bei welchem insbesondere die Präsidentin des Lehrervereins deutliche Worte gebrauchte («Bildungsnotstand», verursacht durch «ideologisch beseelte Schulleitungen»), stimmte das Volk dem Beitritt zum Sonderpädagogik-Konkordat überraschend klar zu.

Die beiden Basel, die ihre Bildungspolitik koordinieren, schlagen unterschiedliche Geschwindigkeiten an, womit sie die Situation in der Schweiz recht gut abbilden: 11 Kantone haben ihre sonderpädagogischen Konzepte, zu denen sie gemäss NFA verpflichtet sind, genehmigt, in weiteren ist damit im Verlaufe des Jahres zu rechnen. Dabei zeigt sich, dass die Umsetzung der integrativen Schulung auch eine geographisch-topografische Frage ist, wie Beatrice Kronenberg, Direktorin der unter anderem im Auftrag der EDK tätigen Stiftung Schweizer Zentrum für Heil- und Sonderpädagogik, erklärt. In kleinen und abgelegenen Gemeinden, wo es ohnehin keine Kleinklassen gibt, erweist sich die Umsetzung als einfacher – ebenso in den grossen Städten, die dafür die strukturellen Voraussetzungen eher mitbringen.

Eine Frage der Ressourcen

Insgesamt aber ist mancherorts Ernüchterung der Euphorie gewichen. Interessanterweise stehen sich die politischen Pole dabei teilweise recht nahe. Es sei verfehlt, der Schule diese zusätzliche Verantwortung zu übertragen, die zu einer Überlastung der Lehrer und einer Nivellierung nach unten führe, reklamiert auf der einen Seite die SVP. Lehrverbände und Gewerkschaften warnen auf der anderen vor einem Kollaps der Schule und drängen auf zusätzliche Stellenprozente, die nötig seien, um den Unterricht in den heterogen zusammengesetzten Klassen in der gebotenen Qualität überhaupt erbringen zu können – oder wie es in der Vernehmlassung der Zürcher Schulsynode zum sozialpädagogischen Konzept heisst: «Das Konzept verfügt über

positive Aspekte, stimmt aber im Einsatz der Mitteln nicht mit der Realität überein.»

Auch wenn Hintergrund und Intention der Kritik je nach Herkunft unterschiedlich sind, wird zweierlei deutlich. Erstens: Integrative Schulung ist eine Ressourcenfrage. Dort, wo sie mit Sparbemühungen kombiniert ist, sinkt die Akzeptanz auf allen Seiten. Im Kanton Zürich, wo die Regierung bei der Sonderpädagogik 17 Millionen Franken einsparen wollte, wurde die Vorlage von breiten Kreisen in erster Linie als Sparprogramm wahrgenommen. Viele Lehrer befürchten trotz der Unterstützung durch Heilpädagogen disziplinarische Probleme, die den Unterricht erschweren. Schon ein halbes Jahr vor dem Rückzug des Konzeptes bezeichnete das Zürcher Volksschulamt die Ressourcen vor diesem Hintergrund als «Knackpunkt».

Gefahr der Stigmatisierung

Zweitens sind der integrativen Schulung Grenzen gesetzt – eine Erkenntnis, die zwar nicht neu ist, aber in den letzten Jahren möglicherweise zu wenig Beachtung fand. «Heute versucht man, möglichst viele Kinder in Regelklassen zu integrieren», kritisierte unlängst der durchaus nicht auf SVP-Linie agierende Psychologe Alain Guggenbühl gegenüber der Zeitung «Der Bund». Wenn man aber für jedes Kind individuelle Lernziele formuliere, gehe der Gruppenaspekt verloren, und es bestehe die Gefahr einer Stigmatisierung. Indizien dafür, dass solche Effekte infolge der Integrationsbemühungen möglicherweise tatsächlich stattfinden, ergeben sich aus Zahlen der Berner Gesundheitsdirektion. Dort nimmt die Zahl der Kinder mit Sonderschul-Status in der Regelklasse massiv zu.



Alain Guggenbühl.

Regel- und Sonderschülern

Eine mögliche Erklärung dafür lautet, dass die Regelschulen auf diese Weise zu zusätzlichen heilpädagogischen Lektionen kommen, so die Vermutung der Gesundheits- und Fürsorgedirektion auf Anfrage. Solche Anreize führen – überspitzt formuliert – zu einer Umkehrung des Prinzips: Statt Sonderschüler in der Regelklasse zu integrieren, werden so aus Kindern in der Regelschule Sonderschüler. Für Beatrice Kronenberg, die die integrative Schulung klar befürwortet, zeigen solche Hinweise, dass der Begriff der Integration strapaziert wird. Integration sei gut, «wenn man sie nicht zum unumstösslichen Prinzip erhebt», sagt sie. Man müsse sich bei jedem Kind fragen, wo es am besten aufgehoben sei und welcher Status die Situation die Situation des Kindes treffe. Und: «Man darf dabei die Klasse als Ganzes nicht aus den Augen verlieren.»

Integrative Modelle so gut wie Sonderschulen

Text: Dorothee Vögeli in NZZ vom 31. Januar 2011

Integrierende Schulformen sind nicht schlechter als Sonderschulen. Zu diesem Schluss kommt eine im Auftrag des Zürcher Volksschulamts verfasste Studie von Gérard Bless. Bald können die Gemeinden die Form der Sonderschulung frei wählen.

Von politischer Seite ist der Streit über Sinn und Unsinn der Integration von «schwierigen» Kindern in die Regelschule neu entfacht worden. Dabei geht unter, dass auch der Kanton Zürich schon länger Erfahrungen mit der integrativen Schulung von leistungsschwachen, verhaltensauffälligen sowie körperlich und geistig behinderten Kindern sammelt: Das Volksschulgesetz schreibt die integrative Förderung vor. Da sie mittlerweile zum Alltag der meisten Lehrpersonen gehört, beschäftigen diese vor allem Fragen zu den Ressourcen und zu den praxistauglichen Formen des integrativen Auftrags im Klassenzimmer. Dies hat sich an einer Tagung der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik Zürich sehr deutlich gezeigt.

Forscher entwarnen

Mit dem Ziel einer «rationalen Diskussionsbasis» gab Gérard Bless von der Universität Freiburg einen Überblick über die empirische Forschung zu schulischen Integration. Als einer der wichtigsten Vorteile erwies sich die Schulung im Wohnumfeld. Dank sozialen Kontaktmöglichkeiten sinke bei lernbehinderten Kindern der Medienkonsum mindestens ebenso gut wie in Sonderschulen und meistens sogar grösser als in Sonderklassen. Auch die verbreitete Befürchtung, behinderte Kinder würden die Lernfortschritte ihrer «normalen» Mitschüler hemmen, habe sich nicht bewahrheitet.

«Die Forschung zeigt, dass Integration als rein pädagogische Massnahme verantwortbar ist», bilanzierte Bless. Dies belegt auch seine Studie, mit der ihn das Zürcher Volksschulamt Ende 2007 beauftragte. Deren Resultate hat er 28. Januar 2011 in einem Workshop vorgestellt. In der sich über zwei Schuljahre erstreckenden Untersuchung wurden folgende drei im Kanton Zürich praktizierten Modelle zur Schulung von Kindern mit einer geistigen Behinderung verglichen: Sonderschule, Einzelintegration in der Regelklasse und Schulung in Integrationsklassen. Untersucht wurde die Wirkung auf die Schulleistungen und die adaptiven Fähigkeiten, zu denen das soziale Anpassungsvermögen gehört. Die Vergleichsgruppen setzten sich aus 7- bis 9-jährigen Kindern mit einem IQ zwischen 40 und 75 zusammen.

Auch Lehrer befragt

Die untersuchten Kinder im Einzelintegrations-Modell erhielten während 6 bis 9 Wochenstunden Unterstützung durch einen Heilpädagogen. In den untersuchten Integrationsklassen mit 2 bis 4 geistig Behinderten arbeitete jeweils ein Heilpädagoge zwischen 50 und 100 Prozent mit dem Klassenlehrer zusammen. Die Evaluation ergab, dass keine Schulform der anderen überlegen ist und die integrierenden Formen mindestens gleich gute Effekte erzielen wie die Sonderschulen.

Bless und sein Team ziehen aber die Einzelintegrationsklassen vor. Der wichtigste Grund: Sie ist im ganzen Kantonsgebiet realisierbar. Aus Sicht der Forscher ist zudem die Schulung im Wohnumfeld ein zentrales Prinzip der Integration. Selbst in der bevölkerungsreichen Stadt Zürich lasse es sich aber mit Integrationsklassen nicht erfüllen. Für die Einzelintegration spreche fer-

ner der im Vergleich zur Sonderschule wie zur Integrationsklasse ermittelte Vorteil im Lesen. Untersucht wurden schliesslich die Einstellungen der Lehrpersonen zur Integration. Es zeigte sich, dass Pädagogen mit einem starken «Kompetenzgefühl» und solche mit integrativen Erfahrungen positiver eingestellt sind. Bless betonte im Übrigen die sehr guten Arbeitsbedingungen in den untersuchten Klassen, wobei er auf die Gefahr der Separation hinwies: «Je mehr Heilpädagogen in der Klasse sind, umso stärker delegiert der Hauptlehrer die Betreuung an die Fachpersonen.» Die Workshop-Teilnehmer wiesen auf die Tatsache hin, dass neben der Fachperson für ein geistig behindertes Kind weitere Hilfskräfte, etwa für lern- und körperbehinderte, verhaltensauffällige oder schlecht Deutsch sprechende Schüler, im Klassenzimmer sind; der Hauptlehrer müsse so mit einem halben Dutzend Fachpersonen zusammenarbeiten. «Gerade im vergleichsweise privilegierten Kanton Zürich ist das ein Problem», sagte Bless. Ziel der Integration sollte seines Erachtens sein, die Flut der Therapeuten einzudämmen. Denn je grösser deren Zahl sei, umso weniger fühle sich der Hauptlehrer für «schwierige» Schüler zuständig.

Spielraum für die Gemeinden

Das Volksschulamt sieht sich durch die Studie in seiner momentanen Ausrichtung bestätigt, wie dessen Chef, Martin Wendelspiess, auf Anfrage sagte. Integration sei grundsätzlich sinnvoll, müsse aber nicht in jedem Fall erfolgen, lautet für ihn das Fazit. Die Bildungsdirektion wolle nun den Gemeinden den geforderten Spielraum gewähren, das heisst, sie sollen die drei untersuchten Modelle frei wählen können. Dem Regierungsrat sei deshalb zusätzlich zu den bisherigen Möglichkeiten auch die Übertragung der Sonderschulung in die Verantwortung der Gemeinden beantragt worden.

Laut Wendelspiess werden die Kommunen das Problem die Flut von Fachleuten im Klassenzimmer selbst angehen können, indem sie etwa die Taxen für Sonderschulen in einen Heilpädagogen an der eigenen Schule investieren und Klassen mit Behinderten verkleinern. Poollösungen, das heisst die Aufstockung der Stellenprozente für Klassen mit Behinderten, seien voraussichtlich bereits im Sommer möglich, erklärte Wendelspiess.

Interview mit Prof. Gérard Bless

NZZ: *Integrative Modelle zur Förderung von Behinderten sind nur in wenigen Punkten besser als separierende Formen. Kämpfen also gewisse Parteien und Eltern zu Recht für Sonderschulen?*

Gérard Bless: Wer Sonderschulen will, ist der Meinung, dass Behinderte stören. Wenn aber der integrative Ansatz mindestens gleich gut funktioniert, leuchtet der grosse pädagogische Aufwand für die Separation nicht ein. Der Trumpf der integrativen Schule ist, dass zusätzlich zu den Erwachsenen die Mitschüler die Entwicklung der Behinderten positiv beeinflussen. Ihn sollte man ausspielen – vorausgesetzt, man will die Behinderten tatsächlich am gesellschaftlichen Leben teilnehmen lassen und sie nicht aus ihrem vertrauten Umfeld reissen.

Wann ist die Sonderschule dem integrativen Modell vorzuziehen?

Wenn trotz Supervisionen alle an der Integration Beteiligten überfordert sind und es keine Lösung gibt, kommt eine Sonderschule in Betracht. Wenn ferner Eltern eine Sonderschulung wünschen, ist dies zu akzeptieren. Oft stehen dahinter allerdings auch pragmatische Überlegungen: Gerade auf dem Land bieten Sonderschulen mehr Entlastung, weil in den Regelschulen Mittagstische fehlen.

Behinderte Kinder sind oft weniger beliebt als ihre «normalen» Mitschüler.

Das ist ein wichtiger Punkt, der von den Pädagogen schwer zu beeinflussen ist. Untersuchungen zeigen jedoch, dass sich Kinder mit sichtbaren Handicaps in Regelklassen wohler fühlen, weil sie dort von Mitschülern geschützt werden.

Trotzdem: Wäre angesichts der Gefahr des Mobbing für manche integrierte Behinderte ein Schonraum nicht besser?

Eventuell. Doch von den insgesamt 44'500 Kindern, die heute in der Schweiz gesondert geschult werden, brauchen nur ganz wenige einen Schonraum. Behinderte Kinder sollten deswegen nicht generell separiert werden.

Die Zürcher Klassenlehrer klagen über zu wenig Ressourcen, gleichzeitig sind zu viele Therapeuten im Schulzimmer.



Gérard Bless, Professor für Heilpädagogik.

Ich war überrascht, wie privilegiert der Kanton Zürich im Vergleich zu anderen Kantonen ist. Die Volksschulen haben sehr gute Bedingungen. Doch erschweren die vielen Fachpersonen im Schulzimmer die Zusammenarbeit. Das schadet letztlich der Integration.

Was schlagen Sie vor?

Um Überschneidungen zu vermeiden, sollten die Fachpersonen gebündelt werden. Mir ist bewusst, dass ich damit ein heikles Thema anspreche. Aber es wäre gut, im Sinne einer Vereinfachung der Strukturen die Zahl der verschiedenen Berufsgruppen zu reduzieren. Mein Vorschlag wäre eine Poollösung. Festhalten möchte ich ausserdem, dass die Lehrer in der Schweiz gut genug ausgebildet sind, um schwierige Kinder zu integrieren. Am wichtigsten ist es meines Erachtens, den Sprung ins kalte Wasser zu wagen.

Sollte die Schule für Heilpädagogik langfristig in die pädagogische Hochschule integriert werden?

Das Zusammengehen von Sonder- und Regelpädagogik wäre gut. Doch das braucht Zeit – wie auch die vordringliche Suche nach dem besten Modell. Auf keinen Fall sollte man jetzt Knall auf Fall wieder die Fachleute aus den Klassenzimmern nehmen.

Warum?

Sonst fehlen die Anwälte für die behinderten Kinder. Es braucht auch in Zukunft Sonderpädagogen und das Fach Sonderpädagogik.